



Elisabeth Motschmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

25.02.2021

Motschmann: „Die Mittelstandsunion macht nicht die Medienpolitik der Union“

Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Augenmaß angehen

In einer Beschlussvorlage für den Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion wird eine weitgehende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und u. a. die Fusion von ARD und ZDF gefordert. Dazu erklärt die kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Motschmann:

„Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion hat die Medienpolitikerinnen und Medienpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihre Reformvorschläge nicht einbezogen. Anders, als es in der WELT heißt, haben wir erst heute davon Kenntnis erhalten.“

Niemand bestreitet, dass es Reformbedarf beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt. ARD und ZDF müssen ihren Informations-, Bildungs- und Kulturauftrag besser erfüllen. Sie müssen weitere Einsparpotenziale in ihrer Administration heben. U. a. ist ihr Gehaltsniveau zu hoch. Aber die Öffentlich-Rechtlichen tragen maßgeblich zur medialen Vielfalt und der Versorgung unserer Gesellschaft mit seriös recherchierten Qualitätsinhalten bei. Dies ist in Zeiten von Fake News und Desinformation wichtiger denn je.

Den Reformbedarf werden wir morgen bei einer seit langem angesetzten Sprechertagung der AG Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem ARD-Vorsitzenden Tom Buhrow und den medienpolitischen Sprechern der Unionslandtagsfraktionen diskutieren. Im Übrigen macht die Mittelstands- und Wirtschaftsunion nicht die Medienpolitik der Union. Rundfunkpolitik ist in Deutschland zuvorderst Ländersache. Das Papier steht nicht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“